

hängig gemacht. Obwohl wir uns der Brüchigkeit und Inkonsequenz des belgischen Standpunktes in dieser Angelegenheit selbstverständlich vollauf bewußt sind, betrachten wir ihn als einen bedeutsamen Teilerfolg im Kampf der belgischen Öffentlichkeit und der Friedenskräfte unseres Landes gegen die Hochrüstungsabsichten des Pentagons.

Seit der Mnssenprotestdemonstration, die am 9. Dezember 1979 unter Beteiligung der sozialistischen Parteien, der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, von katholischen Parlamentsmitgliedern über 80 000 Raketengegner in Brüssel zusammenbrachte und die maßgeblich zur Hinausschiebung der belgischen Zustimmung zum Stationierungsbeschluß beitrug, hat der Druck keinen Tag nachgelassen. Durch persönliches Auftreten des NATO-Generalsekretärs Luns beim belgischen Premierminister oder des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers beim belgischen Verteidigungsminister, mittels Pressekampagnen in den amerikanischen Massenmedien, die Belgien der Feigheit und des Verrats an der atlantischen Solidarität bezichtigten, sogar mittels Drohung mit finanzieller und wirtschaftlicher Erpressung wurde versucht, die belgische Regierung zum Nachgeben zu bewegen und die belgischen Raketengegner politisch zu isolieren. Obwohl auch in unserem Land die Fürsprecher des Stationierungsbeschlusses sich kräftig rühren, hat sich die Antiraketenbewegung als stark genug erwiesen, um ihren Einfluß bis in die Regierungskoalition geltend zu machen. Weil es in den Niederlanden zu gleichartigen Entwicklungen kam und auch dort die Ablehnung des NATO-Beschlusses nach wie vor im Vordergrund des politischen Lebens steht, mußte der NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers vor einigen Tagen vor der belgischen und internationalen Presse eingestehen, daß die Realisierung des Stationierungsbeschlusses leider durch die bedauerliche Haltung der beiden Beneluxstaaten kompromittiert worden sei.

Zweifellos hat dieser NATO-Mißerfolg nicht unerheblich beigetragen zur Entfaltung breiter Protestbewegungen in der BRD, in Großbritannien und nunmehr auch in Italien, die dem Spielraum der Regierungen Grenzen setzen und sich bis in die führenden Gremien der westdeutschen Sozialdemokratie spürbar machten.

Das massenhafte „Nein“ zu den NATO-Plänen in kleinen Staaten, wie in Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen, das außer den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung auch realistisch denkende bürgerliche Kräfte umfaßt, verfehlt seine Auswirkung also nicht. Es hat seine Rolle gespielt im Emporwachsen von zwar zaghaften, fragilen und widerspruchsvollen, nichtdestoweniger unverkennbaren Ansätzen neuer Verhältnisse zwischen den USA und ihren westeuropäischen Bündnispartnern.

Angesichts der jetzigen amerikanischen Außenpolitik, die durch Kriegslüsterheit, Krisenexport, zynische Betonung von militärischer und ökonomischer Überlegenheitsanmaßung, zugleich aber durch Abenteuerum, gefährlichen Dilettantismus und Un-